



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

# DER ANTIFASCHISMUS ALS STAATSDOKTRIN DER DDR

MIT BEITRÄGEN VON  
UWE BACKES | RALF THOMAS BAUS | HERFRIED MÜNKLER

ISBN 978-3-940955-46-3



Die Beiträge sind dem von Manfred Agethen, Eckhard Jesse und Ehrhart Neubert herausgegebenen Sammelband „Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken“ (Freiburg i. B.: Herder, 2002) entnommen worden. Der Beitrag von Ralf Thomas Baus wurde geringfügig überarbeitet. Alle Beiträge sind für die vorliegende Publikation mit Bildern versehen worden.

#### BILDNACHWEIS

*bpk Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte:*  
S. 8, 11, 13, 32, 39, 41, 43

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.:*  
S. 12, 19, 23, 27, 28, 45

#### REDAKTION UND BILDAUSWAHL

*Stefanie Pasler*

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.  
Printed in Germany.  
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-940955-46-3

#### INHALT

- 5 | VORWORT
- 7 | ANTIFASCHISMUS  
ANMERKUNGEN ZU BEGRIFF UND GESCHICHTE  
*Uwe Backes*
- 17 | DIE „ANTIFASCHISTISCH-DEMOKRATISCHE  
UMWÄLZUNG“ IN DER SOWJETISCH BESETZTEN ZONE  
1945-1949  
*Ralf Thomas Baus*
- 31 | ANTIFASCHISMUS ALS GRÜNDUNGSMYTHOS DER DDR  
ABGRENZUNGSINSTRUMENT NACH WESTEN UND  
HERRSCHAFTSMITTEL NACH INNEN  
*Herfried Münkler*
- 50 | DIE AUTOREN
- 50 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-  
STIFTUNG

## VORWORT

Im Jahr 2009 jähren sich zwei Schlüsselereignisse der deutschen Geschichte. Die Bundesrepublik Deutschland wird 60 Jahre alt und zugleich feiern wir 20 Jahre Friedliche Revolution in der DDR.

Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes am 8. Mai 1949 durch den Parlamentarischen Rat – dem vierten Jahrestag der Kapitulation des „Dritten Reiches“ – schufen die Deutschen eine neue staatliche Ordnung, die sich vom nationalsozialistischen Terrorregime durch ihren freiheitlichen Charakter, durch den Aufbau und das Leben von Demokratie und durch konsequente Rechtsstaatlichkeit unterscheidet. Von diesen Eigenschaften und dem einsetzenden wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik profitierten jedoch nicht alle im geteilten Deutschland. Eine demokratische Erneuerung blieb den Menschen in der DDR noch weitere Jahrzehnte verwehrt. Erst als die Friedliche Revolution 1989 begann, setzten mutige DDR-Bürger Prozesse in Gang, an deren Ende schließlich die Überwindung des diktatorischen SED-Staates stand und die Einheit Deutschlands „in freier Selbstbestimmung“ vollendet wurde, wie es das Grundgesetz allen Deutschen gebot.

Bei beiden Ereignissen haben Christliche Demokraten und christdemokratische Konzepte eine entscheidende Rolle gespielt und Grundsteine für den Erfolg der Bundesrepublik Deutschland gelegt und diesen fortgeschrieben.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung gedenkt dieser Jubiläen mit zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen. Mit der Reihe „Weichenstellungen in die Zukunft“ wollen wir die zentralen Weichenstellungen in 60 Jahren Bundesrepublik wieder verstärkt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Wir wollen an 20 Jahre Friedliche Revolution erinnern und auch die vorangegangene, vier Jahrzehnte andauernde DDR-Diktatur thematisieren.

Die Bände wenden sich an alle, die sich für die historischen Ereignisse interessieren oder um die politische Bildung bemühen. Dabei geht es jedoch nicht nur um die Erinnerung an vergangene Schlüsselereignisse, sondern auch um ihre Auswirkungen in Gegenwart und Zukunft.

Der vorliegende Band enthält drei Beiträge zum Thema „Antifaschismus“. Der erste Beitrag nimmt eine Begriffsbestimmung vor. Im zweiten Text wird die als „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ getarnte Machtübernahme der Kommunisten in der Sowjetischen Besatzungszone thematisiert. Um den Antifaschismus als identitätsstiftenden Gründungsmythos der DDR und als Machtinstrument der SED geht es im dritten Beitrag. Jeweils am Ende enthalten alle Aufsätze ein Literaturverzeichnis, um Interessierten einen vertieften Zugang zu den einzelnen Themen anbieten.

Die drei Beiträge stammen aus dem von Manfred Agethen, Eckhard Jesse und Ehrhart Neubert herausgegebenen Sammelband *Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken* (Freiburg i. B.: Herder, 2002). Ein besonderer Dank für den Wiederabdruck gebührt den Herausgebern und den Autoren.

Berlin, im Januar 2009

*Dr. Ralf Thomas Baus*  
*Leiter Team Innenpolitik*  
*Hauptabteilung Politik und*  
*Beratung*  
*Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

*Stefanie Pasler*  
*Team Innenpolitik*  
*Hauptabteilung Politik und*  
*Beratung*  
*Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

## ANTIFASCHISMUS

ANMERKUNGEN ZU BEGRIFF UND GESCHICHTE

*Uwe Backes*

„Antifaschismus“ zählt zu den in der politischen Sprache häufig gebrauchten Begriffen, die – wie „Antiparlamentarismus“, „Antiliberalismus“, „Antikommunismus“ – ihren Sinn aus einer Reaktion und Abwehrhaltung gewinnen. In der Regel stimmen deren Benutzer weder in der Vorstellung vom Abzulehnenden überein, noch gibt es ein klar umrissenes Konzept, auf dessen Grundlage die Ablehnung erfolgt. All jenen, die sich in eine solche Anti-Bewegung einreihen, ist oft lediglich gemeinsam, dass sie „etwas“ entschieden zurückweisen, als ein Übel moralisch verurteilen und als zu bekämpfende Erscheinung verdammen.

„Antifaschismus“ hat den Begriff des Faschismus zur Voraussetzung. Dieser beruht auf der Selbstbezeichnung jener nationalistisch-imperialen, antiliberalen und antikommunistischen Bewegung, die der ehemalige Direktor der sozialistischen Parteizeitung *Avanti*, Benito Mussolini, im März 1919 („fasci di combattimento“, Kampfbünde) ins Leben gerufen hatte. Nach dem „Marsch auf Rom“ zur Macht gelangt (Oktober 1922), wurde die parlamentarische Demokratie Italiens allmählich in die Diktatur der faschistischen Partei und ihres charismatischen „Duce“ transformiert. Nach der Ermordung des Sozialisten Giacomo Matteotti, der die Gültigkeit der unter Einsatz von Zwang und Gewalt zugunsten der Faschis-

ten entschiedenen Parlamentswahl vom Frühjahr 1924 angefochten hatte, erhöhte sich der Druck auf die bis dahin noch weitgehend frei agierenden oppositionellen Parteien. Im Laufe zweier Jahre entfaltete sich der totalitäre Herrschaftswille der Faschisten: Partei- und Zeitungsverbote, Ausschaltung der unabhängigen Gewerkschaften, Aufbau einer staatlich alimentierten Parteiarmee, Etablierung eines Repressionsapparates und einer politischen Sondergerichtsbarkeit sowie um sich greifende Verhaftungen und Repressalien gegen Regimekritiker.



Marsch auf Rom (28. Oktober 1922), 2.v.l.: Benito Mussolini.  
Quelle: bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Archiv Heinrich Hoffmann

Das Spektrum der sich nach dem „Marsch auf Rom“ formierenden „antifaschistischen“ Kräfte reichte von Monarchisten und Katholiken über Liberale und Sozialisten bis zu Anarchisten und moskauorientierten Kommunisten. In der Matteotti-Krise demonstrierten sie ihre Gegnerschaft zum Faschismus durch den Auszug aus dem Parlament auf den „Aventin“. Führende Vertreter (wie Antonio Gramsci) wurden in den folgenden Jahren verhaftet oder flüchteten ins Ausland. Aus den Zentren der italienischen Emigration (Paris, London) setzten sie ihr antifaschistisches Engagement fort – ohne freilich zu einer einheitlichen Haltung zu finden. Ein tiefer Graben verlief zwischen jenen Antifaschisten, die sich am Leitbild der parlamentarischen italienischen Republik orientierten, und jenen, die sich den Direktiven des Moskauer „Zentrums der Weltrevolution“ unterwarfen.

Antifaschismus konnte schon in der Frühzeit des Engagements Ausfluss unterschiedlichster politischer Grundhaltungen sein. Nicht wenige Antifaschisten waren zugleich entschiedene Antikommunisten. Ein interessantes Beispiel ist der liberale, papstkritische katholische Priester Don Luigi Sturzo. In der Parteizeitung *Il Popolo Nuovo* erläuterte er am 26. August 1923 die Prinzipien des „centrismo“ des von ihm geführten *Partito Popolare Italiano*, des politischen Vorläufers der nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten *Democrazia Cristiana*. Das politische Programm des „centrismo“ sei „gemäßigt und nicht extrem“<sup>1</sup>, weil es sich auf eine christliche Ethik gründe und die Möglichkeit eines Zustandes der Vollendung und eines absoluten Guten auf Erden grundsätzlich bestreite. Weder Sozialisten noch Faschisten teilten diese Weltsicht: „Die Sozialisten sagen: Das Übel kommt von der bürgerlichen Verfasstheit der Gesellschaft; sie ist zu beseitigen, damit eine neue Ordnung entsteht. Diese sind Extremisten, weil sie zu einer absoluten Konzeption gelangen. Die Faschisten sagen: Die Nation kann nur gedeihen, wenn sie in ihrer Verfasstheit, in ihrem Denken, in ihrem sozialen Leben ‚faschisiert‘ ist. Sie neigen zu einem Absoluten und sind insofern Extremisten wie jene. Nennen wir die einen aus purer Bequemlichkeit Extremisten der Linken, die anderen Extremisten der Rechten, und zwar in Bezug auf die bürgerliche Gesellschaft: dessen ungeachtet entspricht die ‚monopolistische‘, ‚absolutistische‘, ‚extremistische‘ Tendenz der Natur ihrer Bewegung.“<sup>2</sup> Der christliche Glaube und die Kenntnis der Geschichte verböten das Streben nach einem Idealstaat. Die konsequente Negation eines „estremismo programmatico e finalistico“ führe zur Absage an einen „estremismo di metodo“<sup>3</sup>, also zum Verzicht auf die Revolution und zur Ablehnung von Gewalt als legitimes Mittel der Politik.

Der antiextremistische Antifaschist Sturzo gehörte nicht zufällig zu den frühen Verfechtern des Totalitarismusbegriffs, mit dessen Hilfe man versuchte, die neuartig erscheinende Freiheitsbedrohung durch pseudo-demokratisch mobilisierende Extrembewegungen und -regimes auf einen Nenner zu bringen.<sup>4</sup> Antifaschismus und Fundamentalkritik am Sowjetkommunismus waren aus dieser Perspektive keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen. Gemessen am Regelwerk des grundrechts-sichernden, gewaltenteiligen Verfassungsstaates mussten die herrschaftsstrukturellen Gemeinsamkeiten von Kommunismus und Faschismus ins Auge springen. In diesem Sinne meinte einer der führenden sozialdemokratischen Intellektuellen in Deutschland, Karl Kautsky, Mussolini sei „nur der Affe Lenins“. Die von beiden begründeten Bewegungen

und Regimes sah er als Wirkungseinheit, als Teile einer „faschistisch-bolschewistische[n]“<sup>5</sup> Gegenrevolution. Der Sozialismus, von dessen historischer Notwendigkeit Kautsky überzeugt war, durfte nur auf demokratischem Wege errungen werden.

Der zunächst nur in Italien beheimatete Antifaschismus wurde zu einem gesamt-europäischen Phänomen, je mehr sich Ableger und Nachahmer des Faschismus in anderen europäischen Staaten bildeten. Durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland und die Bildung der „Achse Rom-Berlin“ gewann der antifaschistische Widerstand an Bedeutung. Doch blieb dieser wie in Italien vielgestaltig. Die Gegnerschaft bedeutete keinesfalls Übereinkunft in den politischen Zielen und Konzeptionen. Bei jenen Kräften immerhin, für die der schon im 18. und 19. Jahrhundert realpolitisch entfaltete Verfassungsstaat Ausgangsbasis konzeptioneller Überlegungen blieb, bildete sich allmählich eine antitotalitäre Grundhaltung heraus. Sie richtete sich gegen Diktaturen gleich welcher Couleur, entwickelte besondere Sensibilität für die auffallenden Parallelen im Denken und Handeln jener Regime, die Grundfreiheiten außer Kraft setzten und das institutionelle Gefüge des Konstitutionalismus hemmungslos durchbrachen.<sup>6</sup>

Zu einer Doktrin entwickelten den „Antifaschismus“ die an Moskau orientierten Kommunisten, die es zugleich strikt ablehnen mussten, die gepriesene Sowjetmacht mit den rechtsextremistischen Diktaturen in Parallele zu setzen. Die von der Kommunistischen Internationale entwickelte Lehre vollzog allerdings tiefgreifende Wandlungen.<sup>7</sup> In den 1920er Jahren war die Komintern-Politik von weltrevolutionärem Optimismus geprägt; die Etablierung des faschistischen Regimes in Italien, seine Anziehungskraft auf Teile der Arbeiterschaft und die Ausstrahlung auf das europäische Kräftefeld wurden als vorübergehendes Phänomen betrachtet. Die Kommunisten dehnten die Faschismusvokabel auf alle „gegenrevolutionären“ Kräfte aus, selbst auf die Sozialdemokratie, die sich dem Projekt Moskaus in den Weg stelle und mit dem Großkapital im Bunde stehe. Auf dem V. Weltkongress der Komintern (September 1924) hieß es: „Der Faschismus und die Sozialdemokratie sind die beiden Seiten ein und desselben Werkzeuges der großkapitalistischen Diktatur“.<sup>8</sup> Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) bekämpfte die „Sozialfaschisten“ der SPD, die das „kapitalistische System“ Weimars verteidigten, bald noch heftiger als den „Faschismus“ der Präsidialkabinette unter Brüning, Papen und Schleicher. Ihr Werben richtete sich an die soziale Basis der

SPD, die sie für eine „Einheitsfront von unten“ gewinnen wollte. Dieser Kurs schloss selbst ein Zusammenwirken mit den Nationalsozialisten (wie beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik im November 1932) von Fall zu Fall nicht aus. In den Augen der Verteidiger der Weimarer Republik musste dies den „Antifaschismus“ der KPD diskreditieren.



*Der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann, hält auf dem Berliner Schlossplatz eine Rede (1. Mai 1930).*

*Quelle: bpk*

Die Komintern behielt die „ultralinke“ Strategie zunächst noch nach der Machteinsetzung der Nationalsozialisten bei. Erst Mitte der 1930er Jahre forderte Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongress in Moskau die „antifaschistische Einheit der demokratischen Kräfte“<sup>9</sup>, aus der auch „bürgerliche“ Kreise nicht ausgeschlossen sein sollten. Den dadurch und aufgrund ihres opferreichen Widerstandes gegen das nationalsozialistische Gewaltregime errungenen Kredit verspielten die Kommunisten wieder, als Stalin und Hitler sich außenpolitisch näherten und im Sommer 1939 einen Nichtangriffspakt schlossen. Die Kommunisten blieben nun weithin den antifaschistischen Vereinigungen in den Zentren des Exils fern, und jene Position innerhalb der Exilsozialdemokratie, die das Bündnis mit der KPD einem Zusammengehen mit „bürgerlichen Kräften“ vorgezogen hatte, verlor an Bedeutung. Dies änderte sich erst nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion. Die Politik der Komintern knüpfte nun erneut an das Volksfrontkonzept der 1930er Jahre an. Der „Antifaschismus“ erwies sich als wirksame Propagandawaffe, mit der man Einfluss

auf breitere soziale Gruppen gewann und das Zusammengehen mit den Westmächten begründete.



V.l.n.r.: Wilhelm Pieck (KPD) und Otto Grotewohl (SPD) reichen sich auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD zur SED (21./22. April 1946) symbolisch die Hand.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / Bildarchiv

Nach Kriegsende blieb die Erinnerung an das gemeinsame Niederringen des Nationalsozialismus noch eine Zeit lang wirkungsvoll, ehe der Systemgegensatz zwischen Ost und West bestimmend wurde. Im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands setzte die KPD unter sowjetischer Führung mit der Politik des „antifaschistisch-demokratischen“ Blocks anfänglich die Volksfrontpolitik fort, schaltete aber zugleich die bei Kriegsende auf lokaler Ebene spontan gebildeten antifaschistischen Ausschüsse gleich. Die unter Einsatz von Zwangsmitteln gegründete SED (Zusammenschluss von KPD und SPD) griff in ihrer propagandistischen Auseinandersetzung mit den „imperialistischen Spionagetrupps des Schumacher-Ostbüros“<sup>10</sup> zeitweilig sogar auf die Sozialfaschismusthese der Weimarer Zeit zurück. Das 1949 gegründete SED-Regime nutzte den „Antifaschismus“ als Legitimationsideologie – in zunehmendem Maße, parallel zur Erosion des Glaubens an die Überlegenheit des Sozialismus.

Während die SED den „antifaschistischen“ Gründungsmythos<sup>11</sup> in der 1949 geschaffenen „Deutschen Demokratischen Republik“ sorgsam pflegte, war die Verfassungsbildung im westlichen Deutschland bereits von der doppelten Frontstellung gegen „Faschismus“ und Kommunismus geprägt. Am antitotalitären Gründerkonsens der Bundesrepublik Deutschland hatte die Sozialdemokratie wesentlichen Anteil, auch wenn nicht alle Vertreter Kurt Schumachers drastisches Diktum von den Kommunisten als „rotlackierte Faschisten“ geteilt haben mögen. Die Erfahrung der Verfolgung von Sozialdemokraten, die sich nicht in das Korsett der Einheitspartei zwingen lassen wollten, prägte sich eben auch im Westen tief ein.



Der Deutsche Volksrat proklamiert auf seiner 9. Tagung am 7. Oktober 1949 im Großen Sitzungssaal der Deutschen Wirtschaftskommission die Deutsche Demokratische Republik. Stehend: Wilhelm Pieck.

Quelle: bpk / Jochen Moll

Antitotalitarismus und Antiextremismus waren als verfassungspolitische Leitlinien der Bundesrepublik nie unangefochten. Die 1947/48 gegründete *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* (VVN) beispielsweise bewegte sich im Umkreis der KPD (später der DKP), verband Antifaschismus mit Philokommunismus und wurde nicht müde, angebliche Kontinuitätslinien des Weststaates zum Vorläuferregime hervorzuheben.<sup>12</sup> Die DDR-Staatssicherheit verwandte erhebliche Ressourcen darauf, die tatsächliche oder vermeintliche „braune Vergangenheit“ politischer Repräsentanten des deutschen Weststaates nachzuweisen, und scheute dabei auch nicht vor dreisten Fälschungen zurück. Solche Desinformation fiel in

den Kreisen der studentischen Protestler Ende der 1960er Jahre auf fruchtbaren Boden. Inspiriert von marxistischen und anarchistischen Ideen, übten die „68er“ Fundamentalkritik am Antitotalitarismus und Antiextremismus. Die Parallelisierung von Rechtsradikalismus und Linksradikalismus als gleichermaßen freiheitsgefährdend wurde vielfach zurückgewiesen, der „real existierende Sozialismus“ nur als eine irrelevante Entartungsform angesehen, gleichsam als ein „Betriebsunfall“, der dem „progressiven“ Projekt der „Linken“ keinen Abbruch tue.<sup>13</sup> Zudem erschien die DDR manchen im Vergleich zur „faschistoiden“ Bundesrepublik als das kleinere Übel.

Diese Lesart rief Widerspruch allerdings auch bei Autoren hervor, die sich selbst der „Linken“ zurechneten. Bereits vor dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus war die Zahl derer angewachsen, die zu den Hochzeiten der 68er-Revolution gegen die „bürgerliche Demokratie“ Sturm gelaufen waren, inzwischen jedoch eingesehen hatten, dass sie sich in Denken und Habitus dem ärgsten Antipoden, dem „Faschismus“, angenähert hatten. Auch wenn die anhaltende Fundamentalkritik am Extremismus- und Totalitarismuskonzept<sup>14</sup> begründeten Anlass zur Skepsis bietet, wäre es im Interesse des demokratischen Verfassungsstaates in Deutschland überaus wünschenswert, wenn sich die kulturelle Basis für eine „antitotalitäre Linke“<sup>15</sup> – und Rechte, wie man gemäß der Logik des liberalen Systems hinzufügen muss – verbreiterte.

Wer den demokratischen Verfassungsstaat als „die erfolgreichste Institutionalisierung politischer Freiheit in der Geschichte der Menschheit“<sup>16</sup> ansieht, kann den „Antifaschismus“ als Kampfbegriff gegen ihn nicht gelten lassen. Von der Diskreditierung durch die Propaganda der Kommunisten einmal abgesehen, läuft er auch auf eine Bagatellisierung, weil Inflationierung des Faschismusbegriffs hinaus. Auch ist der Einwand ernst zu nehmen, dass der in Deutschland gegen den Nationalsozialismus gerichtete Begriff „Antifaschismus“ die bedeutsamen Unterschiede zwischen italienischem Faschismus und deutschem Nationalsozialismus verkennt.<sup>17</sup> Alles in allem spricht manches dafür, vom Begriff „Antifaschismus“ endgültig Abschied zu nehmen, auch wenn viele Edle (Konservative, Katholiken, Liberale, Sozialisten, Anarchisten, Kommunisten) unter diesem Feldzeichen gegen Barbarei gekämpft und nicht wenige von ihnen gar ihr Blut vergossen haben. „Antitotalitarismus“ und „Antiextremismus“ sind als begriffliche Antithesen dem demokratischen Verfassungsstaat weit eher angemessen.

- 1| Sturzo, Luigi: *Il nostro „centrismo“*. – In: *Il Popolo Nuovo (Rom) vom 26. Aug. 1923*. – Wiederabdruck in: *ders.: Il Partito Popolare Italiano*. – Bd. 2: *Popolarismo e Fascismo*. – Bologna 1956. – S. 241-248, hier S. 243.
- 2| Ebd., S. 244.
- 3| Ebd.
- 4| Vgl. Schäfer, Michael: *Luigi Sturzo als Totalitarismustheoretiker*. – In: Maier, Hans (Hrsg.): *Totalitarismus und politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs*. – Paderborn u.a. 1996. – S. 37-47.
- 5| Kautsky, Karl: *Der Bolschewismus in der Sackgasse*. – Berlin 1930. – S. 102.
- 6| Vgl. besonders Möll, Marc-Pierre: *Gesellschaft und totalitäre Ordnung. Eine theoriegeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus*. – Baden-Baden 1998.
- 7| Vgl. auch zum folgenden: Delzell, Charles F./Mommsen, Hans: *Antifaschismus*. – In: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie*. – Bd. 1. – Freiburg/Basel/Wien 1966. – Sp. 220-237.
- 8| V. Weltkongress der Komintern: *Resolution über den Faschismus*. – In: Pirker, Theo (Hrsg.): *Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus*. – Stuttgart 1965. – S. 124.
- 9| Zitiert nach Delzell/Mommsen: *Antifaschismus*, Sp. 227.
- 10| *So Altkommunist Wilhelm Koenen auf der III. Landesdelegiertenkonferenz der SED Sachsen am 4./5. Dezember 1948 (Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, SED-BPA Dresden, A/749, Bl. 37. Zitiert nach Donth, Stefan/Schmeitzner, Mike: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945-1952. – Köln/Weimar 2002. – S. 387. – (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung: 21))*.
- 11| Vgl. Münkler, Herfried: *Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR*. – In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 45/98, S. 16-29.
- 12| Vgl. ausführlich: Bundesamt für Verfassungsschutz: *„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA). Organisation – Entwicklung – Aktionsfelder – Wirkungen, 1947-1997*. – Köln 1997.
- 13| Vgl. vor allem Grebing, Helga: *Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung*. – Stuttgart 1971.
- 14| Vgl. zur Kritik der Kritik: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: *Die „Extremismus-Formel“ – Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept*. – In: *Dies.: Jahrbuch Extremismus & Demokratie*. – Bd. 13. – Baden-Baden 2001. – S. 13-29.
- 15| *Diese Aufforderung verdient nachhaltige Unterstützung: Kraushaar, Wolfgang: Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke*. – Mit einer Einleitung von Daniel Cohn-Bendit. – Frankfurt am Main 2001.
- 16| *So treffend Kielmansegg, Peter Graf: Das Experiment der Freiheit. Zur gegenwärtigen Lage des demokratischen Verfassungsstaates*. – Stuttgart 1988. – S. 43.
- 17| *Siehe die noch immer nachdenkenswertesten Argumente bei: Bracher, Karl Dietrich: Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*. – 5. Aufl. – München 1984.

# DIE „ANTIFASCHISTISCH- DEMOKRATISCHE UMWÄLZUNG“

IN DER SOWJETISCH BESETZTEN ZONE 1945-1949

*Ralf Thomas Baus*

Der Begriff des Antifaschismus ist wieder aktuell geworden. Auch fast zwanzig Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur wird die Legende vom „antifaschistischen“ Neubeginn 1945 in Kreisen intellektueller Linker aufrechterhalten. Mancherorts ist immer noch die Auffassung weit verbreitet, dass es 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) einen „demokratischen Neuanfang“ gegeben habe. Nur sei dann der Zug irgendwann auf das falsche Gleis und damit auf das Abstellgleis gefahren. Die Linke/PDS gehört dabei zu den Hauptinitiatoren einer offensiven Verbreitung dieser Geschichtslüge. Bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und der Rechtfertigung diktatorischen Willkürverhaltens wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf den „antifaschistischen“ Charakter des Regimes verwiesen. Dies gipfelt beispielsweise darin, dass die Schriftstellerin Daniela Dahn behauptet, die Enteignungen nach 1945 seien der legitime Versuch gewesen, die Strukturen, die zu Auschwitz geführt hätten, zu zerschlagen.

## ANTIFASCHISMUS ALS KAMPFINSTRUMENT

Betrachtet man die historische Faktenlage, so muss davon ausgegangen werden, dass diese Äußerungen keineswegs der politischen Klarheit, sondern der Verschleierung der Wahrheit dienen. Entstanden war der Begriff des Antifaschismus in den zwanziger Jahren im Widerstand gegen Mussolinis italienischen Faschismus. Mit der Gleichsetzung von deutschem Nationalsozialismus und italienischem Faschismus begann die Verwirrung um den Begriff. Schließlich fand die Ungeheuerlichkeit der Diktatur Hitlers im Regime Mussolinis keine Entsprechung. Dennoch bezeichneten sich die deutschen Kommunisten lediglich als Antifaschisten.

Wichtiger aber war die in der Weimarer Republik von Stalin initiierte und von der KPD umgesetzte Verunglimpfung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“. Bereits hier hatten die Kommunisten beispielhaft gezeigt, wie mit dem rhetorischen Hammer des Faschismusvorwurfs politische Gegner jeglicher Couleur zu bekämpfen waren. Zwar wurde die These vom „Sozialfaschismus“ im Gefolge des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935 fallen gelassen, doch schwangen die Kommunisten nach Deutschlands Niederlage 1945 erneut die Faschismuskeule, um Widerstand gegen ihre Politik bereits im Keim zu ersticken.

Nummehr galt Antifaschismus als Synonym für den Kampf gegen „Kapitalisten, Imperialisten und Großagrarien“. Mit einer moderaten „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ hatte das von Stalins Handlangern auf dem Boden der sowjetisch besetzten Zone errichtete Regime nichts zu tun. Vielmehr handelte es sich beim politischen System der SBZ faktisch um eine Diktatur von Anfang an. In Wirklichkeit war der Terminus „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ ein Täuschungsmanöver, das die Kommunisten benutzten, um die „bürgerlichen“ Kräfte in den kommunistischen Staatsaufbau einzubinden. Wer außerhalb dieses Programms stand oder dagegen opponierte wurde als „Faschist“ bekämpft und verfolgt.

Die neugegründeten politischen Parteien – unter ihnen in erster Linie die in Berlin am 26. Juni 1945 gegründete Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDUD) – haben dies unmittelbar zu spüren bekommen. Viele CDU-Anhänger und Liberale wurden wegen ihres Eintretens für rechtsstaatliche und freiheitliche Prinzipien verfolgt. Einen demokrati-



V.l.n.r.: Andreas Hermes (1878-1964) und Walther Schreiber (1884-1958), Vorsitzende der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin, wurden am 19. Dezember 1945 wegen ihres Widerstandes gegen eine durch sowjetischen Befehl erlassene Bodenreform von der SMAD abgesetzt, nachdem sie einen „freiwilligen“ Rücktritt verweigert hatten.  
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / Bildarchiv

schen Vorläufer der DDR hat es somit nicht gegeben. In der Realität ging es von Anfang an um eine sozialistische Umwälzung und den Aufbau einer totalitären Diktatur.

Besonders vor dem Hintergrund der Gleichschaltung der politischen Parteien wird die brutale Machtergreifung der KPD/SED in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1949 deutlich. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und die SED griffen immer wieder in die politischen Entscheidungsprozesse ein. Zudem unterwarf die sowjetische Besatzungsmacht die politischen Parteien einem dichten Kontroll- und Anleitungssystem. Verhaftungen und Repressalien verschiedenster Art führten zu Angst und Resignation. Die bereits parallel zur Gründung der Parteien installierte Blockpolitik, mit der SMAD und SED von den „bürgerlichen“ Parteien die Durchführung ihrer Politik erpressten, war der Beginn der Gleichschaltung in der SBZ. Sie setzte nicht erst nach dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz Ende 1947 ein. Vielmehr war die Kontrolle der SMAD über die politischen Parteien von Anfang an total. Eine realistische Chance für einen demokratischen Neuanfang hat es nicht gegeben.

## NACHKRIEGSPLANUNGEN DER KPD-FÜHRUNG IN MOSKAU 1944/45

Noch bevor die politischen Parteien in der sowjetisch besetzten Zone überhaupt gegründet wurden, hatte die KPD-Führung seit dem Frühjahr 1944 im Moskauer Exil unter Anleitung der sowjetischen KPdSU mit programmatischen und konzeptionellen Planungen für die zukünftige Politik im Nachkriegsdeutschland begonnen. Dabei zielte die KPD auf allen Feldern auf eine hegemoniale Stellung.

Seit dem Kurswechsel der Kommunistischen Internationale auf dem VII. Weltkongress 1935 hatten auch die deutschen Exilkommunisten konsequent eine Einheits- und Volksfrontpolitik verfolgt. Diese ermöglichte es ihnen dann später, mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsarmee die „bürgerlichen“ Parteien einzubinden und die politische Macht in der sowjetisch besetzten Zone zu erobern. Im Revolutionsverständnis der Kommunisten bildete die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ lediglich ein Übergangsstadium zur Diktatur des Proletariats.

Am 24. April 1944 machte Walter Ulbricht in einer Sitzung der Arbeitskommission des Zentralkomitees (ZK) der KPD zur „Strategie und Taktik der Machtübernahme“ (!) die langfristigen Ziele der Moskauer Exilanten unmissverständlich deutlich. Der ZK-Funktionär Sepp Schwab hielt die Thesen Ulbrichts, die Grundsätze und Ziele der Partei zum Inhalt hatten, stichpunktartig fest. Als ideologische Basis notierte Schwab den „Marxismus-Leninismus“ und den „Dialektischen Materialismus“. Das sogenannte Endziel sollte die „Beseitigung der Ausbeutung des Menschen“, die „Überführung der Produktionsmittel“ und die „Aufrichtung einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“ sein. Schließlich hieß es unter dem Stichwort „Taktik“, dass die KPD „in der Periode gegen den Faschismus, den Hitlerkrieg und in der Periode der Aufrichtung einer neuen Demokratie“ die Verwirklichung ihrer Endziele zurückstelle. In dem „Kampf gegen den Hitlerkrieg“, „der Mitwirkung an der Aufrichtung einer neuen Demokratie“ und der „Vernichtung der deutschen Reaktion“ sehe die KPD aber „die Schaffung der Voraussetzungen für die Propagierung ihres Endzieles“.

Durch den Sieg der alliierten Anti-Hitler-Koalition und das nötige Arrangement mit den westlichen Siegermächten sahen sich die sowjetische Führung und mit ihr die KPD Anfang 1945 gezwungen, mögliche Überlegungen für eine schnelle revolutionäre Umgestaltung zurückzustellen. Für dieses Vorgehen sprach auch der Mangel an eigenen Kadern sowie

die ablehnende Haltung der deutschen Bevölkerung. Damit wird klar, dass es sich lediglich um einen taktischen Schachzug in einer Übergangsperiode handelte, der in erster Linie der vollständigen Machtübernahme der Kommunisten dienen sollte. Erst nach Sicherung der kommunistischen Machtposition konnte man an die Verwirklichung des Endzieles, den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft, gehen.

## „INITIATIVGRUPPEN“ DES ZK DER KPD

Mit den sogenannten „Initiativgruppen“, die im Gefolge der Roten Armee nach Deutschland einsickerten, unternahmen die Moskauer Exil-Kommunisten im April 1945 erste konkrete Maßnahmen zur Eroberung ihrer angestrebten hegemonialen Machtstellung. So bestanden die beiden Hauptaufgaben der „Gruppe Ulbricht“ darin, eine neue Berliner Stadtverwaltung aufzubauen und die in Deutschland verbliebenen Kommunisten, wenn auch zunächst noch ohne Parteigründung, wieder straff zu organisieren. Mit gleicher Aufgabenstellung operierten die „Gruppe Ackermann“ im Raum Sachsen-Halle-Merseburg hinter der ersten Ukrainischen Front und die „Gruppe Sobottka“ in Mecklenburg-Vorpommern im Operationsbereich der zweiten Belorussischen Front.

Bereits am Abend des 1. Mai 1945 hatte Ulbricht die Direktive ausgegeben, für die Bezirksverwaltungen in den verschiedenen Berliner Bezirken geeignete Antifaschisten ausfindig zu machen. Erläuternd fügte er hinzu, dass die Schlüsselpositionen in den Händen der Kommunisten liegen sollten. Sozialdemokraten, „Bürgerliche“ und parteilose Spezialisten seien allerdings in die neuen Verwaltungen einzubauen. Während einer weiteren Besprechung der nächsten Tage ließ Ulbricht die Taktik der Kommunisten klar erkennen, als er seinen Genossen zurief: „Es ist doch ganz klar: Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben!“

Der durch die „Initiativgruppen“ gesteuerte Verwaltungsaufbau verschaffte der KPD in der Folgezeit einen entscheidenden Vorteil. Die „bürgerlichen“ Parteien wurden nicht nur in den „antifaschistisch-demokratischen Einheitsfrontausschuss“ hinein gegründet, auch ihr politisches Betätigungsfeld in den Gemeinden, Kreisen und Ländern war durch kommunistisch beherrschte Verwaltungsstrukturen gekennzeichnet. Diesen Vorsprung der KPD konnten die „bürgerlichen“ Parteien in den kommenden Jahren nicht mehr aufholen.

## „ANTIFASCHISTISCH-DEMOKRATISCHER“ NEUBEGINN 1945

Das erste „Etappenziel“ der kommunistischen Nachkriegsplanungen war somit bereits in den ersten Wochen nach Kriegsende erreicht. Mit dem Aufbau der Verwaltungen waren nicht nur die kommunistischen Kader in alle wichtigen Schlüsselpositionen (Dezernate für Personalfragen, Volksbildung und Aufbau der Polizei) gebracht worden, sondern es war auch gelungen, wie Ulbricht in einem Telegramm an Dimitroff betonte, einen breiten Zusammenschluss der „antifaschistisch-demokratischen“ Kräfte herbeizuführen. So waren unter den 16 Mitgliedern des Berliner Magistrats Mitte Mai 1945 acht Kommunisten, die sämtliche Schlüsselstellungen innehatten.

Dass in Zukunft „alle Kräfte“ unter Führung der Kommunisten stehen sollten, betonte Wilhelm Pieck Anfang August 1945. Auf einer Bezirksleitungssitzung der Berliner KPD erklärte er: „Außerdem werden wir die wichtigsten Schlüsselstellungen, in denen von Anfang an unsere Genossen sitzen, niemals aus der Hand geben.“ Auch der erste Berliner KPD-Chef, Ottomar Geschke, brachte den Führungsanspruch der Kommunisten auf eine einfache, aber unmissverständliche Formel. Mit den Worten „Wir sind die Staatspartei!“, kündigte er den Anspruch der KPD auf die zukünftige Führung von Staat und Gesellschaft an. Es kann also kein Zweifel daran bestehen, dass die Kommunisten von Anfang an eine hegemoniale Machtstellung in der sowjetisch besetzten Zone anstrebten. Ulbricht hat dies im Rückblick des Jahres 1970 bestätigt. Vor einer vom Politbüro eingesetzten Kommission zur Vorbereitung des 25. Jahrestages der SED-Gründung bekannte er freimütig: „Wir wollten nur die Staatsmacht haben, weiter nichts! Die antifaschistische demokratische Staatsmacht genügte uns. Wir sagten uns: Wie es dann weiter geht, das werden wir schon sehen.“

Mit Hilfe eines Vierparteiensystems aus KPD, SPD, einer von Seiten der KPD zunächst als Zentrum gedachten katholischen Minderheitspartei und den Liberalen versuchten die Kommunisten nach außen eine „pluralistische“ Fassade aufzubauen, die es ihnen ermöglichen sollte, ihre Machtinteressen mittelfristig auch in ganz Deutschland durchzusetzen. Dabei war von Anfang an deutlich, dass die deutschen Kommunisten bei der politischen und gesellschaftlichen Veränderung der sowjetisch besetzten Zone das Instrument sowjetischer Deutschlandpolitik waren. Eine Beratung bei Stalin, an der Anfang Juni 1945 Ulbricht, Pieck und Ackermann teil-



*Der Chef der Informationsverwaltung der SMAD, Oberst Sergej Tulpanow, während seiner Rede vor dem 2. Parteitag der CDUD am 6. September 1947. Auf dem Podium Jakob Kaiser (8.v.l.) und Ernst Lemmer (7.v.l.).  
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / Bildarchiv*

nahmen, zeigte deutlich, dass zentrale Fragen des politischen Lebens, zum Beispiel die Wiederzulassung von Parteien, in Moskau auf höchster Ebene entschieden wurden.

Unter Berufung auf den gemeinsamen Kampf zur Überwindung des Nationalsozialismus wurden nun alle wieder zugelassenen politischen Kräfte auf den Antifaschismus verpflichtet. Einen institutionalisierten Ausdruck fand diese Politik in den „antifaschistisch-demokratischen Einheitsfrontausschüssen“, die von der Gemeindeebene über Kreise und Länder bis hin zur zentralen Ebene in Berlin bestanden. Die Mitarbeit in diesen „Blockausschüssen“ war, wenn auch ohne eine solche formale Vorschrift, Grundbedingung für die Zulassung der Parteien und damit Voraussetzung jeglicher parteipolitischer Betätigung.

Am 11. Juni 1945 trat die KPD mit ihrem in Moskau verabschiedeten Aufruf, der offiziell die Bezeichnung „Aktionsprogramm“ trug, an die Öffentlichkeit. Überraschend war die gemäßigte Linie des Aufrufes, in dem es hieß: „Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage ... einen anderen Weg vorschreiben,

und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“ Das Aktionsprogramm beschränkte sich daher auf einige zentrale Forderungen: Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei, Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten, Wiederherstellung der Selbstverwaltungsorgane, Enteignung des Vermögens der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher und Übergabe in die Hände des Volkes sowie Liquidierung des Großgrundbesitzes.

Spekulationen bezüglich einer drohenden „Bolschewisierung“ trat die KPD in der Öffentlichkeit vehement entgegen. Immer wieder betonte sie, Ziel sei die Aufrichtung einer „parlamentarisch-demokratischen Republik“. Zur Beruhigung des verunsicherten Bürgertums erläuterte Anton Ackermann in einem Artikel unter der Leitfrage „Wohin soll der Weg gehen?“ Aussagen und Ziele des „Aktionsprogramms“. Mit Blick auf mögliche wirtschaftliche Veränderungen betonte Ackermann ausdrücklich, dass das „bürgerliche Privateigentum“ sowie das Eigentum der Bauern und des Mittelstandes unangetastet blieben. Auch der freie Handel und die Privatinitiative sollten in keiner Weise behindert werden. Dass es sich hierbei lediglich um ein Täuschungsmanöver handelte und um taktische Zugeständnisse in einer Phase der totalen Machteroberung, zeigten schon bald die sogenannte Bodenreform und die Enteignungen in der Industrie.

#### **ENTSCHÄDIGUNGSGLOSE BODENREFORM UND INDUSTRIE-ENTEIGNUNGEN**

Bereits im Moskauer Exil hatte sich die Führung der KPD darauf verständigt, dass nach einem Sieg über Hitler das deutsche Volk „den Faschismus mit der Wurzel ausrotten und ihm seine materielle Basis durch Enteignung der faschistischen Verschwörer unter den Großkapitalisten und Großgrundbesitzern entziehen“ werde.

Die tiefgreifenden Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur wie die Bodenreform, die im Herbst 1945 auf Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht von der Provinz Sachsen, dem heutigen Sachsen-Anhalt ausging, und die Enteignung der Betriebe der sogenannten „Kriegs- und Naziverbrecher“, bei der 1946 das Land Sachsen mit einem Volksentscheid die Vorreiterrolle zu spielen hatte, wurden gegen den teilweise erbitterten Widerstand der „bürgerlichen“ Parteien durchgesetzt. Bei der

Bodenreform setzte sich die CDU-Führung ohne Erfolg dafür ein, dass „antifaschistische“ Großgrundbesitzer – immerhin gab es einige Familien, deren Angehörige im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 verurteilt und hingerichtet worden waren – von der Enteignung ausgenommen und entschädigungslos nur „Naziverbrecher“ enteignet werden sollten. Der Widerstand der beiden CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht im Dezember 1945 durch ihre Absetzung gebrochen. Auch das Verfahren der Industrieenteignungen sprach allen rechtsstaatlichen Grundsätzen, auf deren Beachtung CDU und LDP gedrungen hatten, Hohn.

In beiden Fällen, der Bodenreform und den Industrieenteignungen, zeigte sich, worum es den Kommunisten in erster Linie ging: die Umsetzung des eigenen Programms, die Einbindung möglichst breiter Teile sogenannter „bürgerlicher“ Antifaschisten und nach Möglichkeit die Machtübernahme in ganz Deutschland. Wer sich gegen dieses kommunistische Programm stellte, wurde als „Faschist“ gebrandmarkt und mit allen Mitteln verfolgt. Der „antifaschistische“ Kampf richtete sich somit nicht nur gegen ehemalige Anhänger des nationalsozialistischen Regimes, sondern diente als ideologische Grundlage für die schrittweise Zerschlagung der privaten Besitzverhältnisse. Zudem zeigte das immer wieder erfolgte Übergehen und Aushebeln des zentralen Einheitsfrontausschusses in umstrittenen Fragen, dass es sich hierbei nicht um ein Gremium konsensualer Entscheidungsfindung handelte, sondern um eine Institution, die Gleichberechtigung vortäuschte, in Wirklichkeit aber der Kontrolle aller Kräfte außerhalb der KPD diente. Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 beendete zudem bereits frühzeitig den Einfluss sozialdemokratischer Politik auf die weitere Entwicklung.

#### **KOMMUNAL- UND LANDTAGSWAHLEN 1946**

Während des Wahlkampfes 1946 wurde abermals deutlich, mit welchen Methoden SMAD und SED eine demokratische Entwicklung unterdrückten. Am schwerwiegendsten war die Benachteiligung der „bürgerlichen“ Parteien durch die Nichtregistrierung zahlreicher Ortsgruppen. Aufgrund der Wahlordnung konnte beispielsweise die CDU in Mecklenburg lediglich 51,4 Prozent der Wähler erreichen.

Die bislang weitgehend unbekannte Verhängung von immens hohen Geldstrafen über mehrere tausend Mark war eine weitere Methode der Einschüchterung durch die sowjetische Besatzungsmacht. Hinzu kamen Verhaftungen, Verhöre, Vorladungen, die Pressezensur und materielle Beschränkungen der Arbeit von CDU und LDP. Reden, Flugblätter, Wahlplakate und Wahlversammlungen mussten von der SMAD genehmigt werden. Zu der erheblichen Benachteiligung bei der Zuteilung von Papier und anderen Ressourcen kam, dass die SED den Staats- und Verwaltungsapparat weitgehend für ihre Partei einsetzte. Landräte und Bürgermeister der SED missbrauchten ihre Machtbefugnisse. Auch kam es zur erzwungenen Auflösung zahlreicher CDU- und LDP-Ortsgruppen.

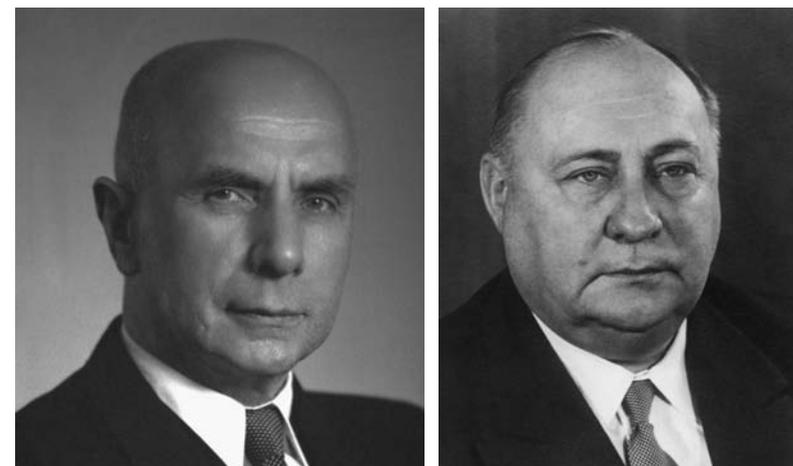
Zur Beobachtung der „bürgerlichen“ Parteien setzte die SED die Nachrichtenämter bei den Kommunen und Ländern ein und ließ Versammlungen durch die Polizei überwachen. Jeder Redner der „bürgerlichen“ Parteien musste davon ausgehen, dass seine Rede, die zunächst ohnehin von der sowjetischen Besatzungsmacht zu genehmigen war, protokolliert wurde und so im Wortlaut zur Kenntnis der SED oder SMAD gelangte. Diese Benachteiligungen müssen zu dem Schluss führen, dass die Wahlen in der sowjetisch besetzten Zone im Herbst 1946 keinesfalls als frei und gleich nach den Regeln parlamentarischer Demokratie bezeichnet werden können.

### WEICHENSTELLUNG FÜR EINEN OSTDEUTSCHEN STAAT

Nach dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 arbeitete Moskau gezielt auf einen ostdeutschen Staat als sowjetischen Satelliten hin. Die voranschreitende Zentralisierung und der von der SED unverhohlen erhobene Führungsanspruch in Wirtschaft und Gesellschaft engten den Handlungsspielraum der „bürgerlichen“ Parteien weiter ein. In Industrie und Landwirtschaft wurden nach den radikalen Enteignungen die Weichen jetzt in Richtung einer zentralen Verwaltungswirtschaft nach sowjetischem Muster gestellt. Unübersehbar wurde die veränderte Lage für CDU und LDP durch zahlreiche Verhaftungen und die Verschärfung der Repressalien durch die sowjetische Besatzungsmacht.

Für das Vorgehen von SMAD und SED gegenüber den „bürgerlichen“ Parteien symptomatisch war ein Konflikt in der Leipziger Stadtverordnetenversammlung. Abgeordnete der SED riefen den Mandatsträgern von CDU und LDP hier zu, sie würden „sowieso bald abgeholt“, dann könne die SED endlich machen, was sie wolle. In der Tat mussten nach der

Absetzung der CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer Ende 1947 in Sachsen 20, in Thüringen 15 und in Sachsen-Anhalt 10 Kreisvorsitzende ihre Ämter aufgeben. Für das Jahr 1948 kann man hinsichtlich der Ost-CDU von einer regelrechten Säuberungskampagne sprechen. Mit Hilfe der „Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden“



*V.l.n.r.: Jakob Kaiser (1888-1961) und Ernst Lemmer (1898-1970), Vorsitzende der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin, wurden Ende 1947 von der SMAD wegen ihres Widerstandes gegen die Volkskongressbewegung abgesetzt. Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / Bildarchiv*

sollten die „bürgerlichen“ Parteien bis in die kleinsten politischen Einheiten hinein gefügig gemacht werden. Zudem bereiteten Institutionen wie der nach Einheitslisten gewählte Volkskongress und der aus ihm hervorgegangene Volksrat die ostdeutsche Staatsgründung ebenso vor wie die fortgesetzte Entmündigung der Landes- und Kommunalparlamente. Die Schaffung von Zentralverwaltungsorganen, in denen die SED von Anfang an dominierte, diente einer verstärkten Zentralisierung der Wirtschaft. Hinzu kam die Gründung zweier neuer prokommunistischer Parteien, der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD), die einer gezielten Schwächung der beiden bestehenden „bürgerlichen“ Parteien dienen sollten.

Die Gründung der DDR im Oktober 1949 schloss die Phase der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ ab. Als ideologische Basis behielten der Antifaschismus und die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ bis zum Untergang der DDR ihre legitimierende Funktion.

## FAZIT

Bereits an diesen wenigen Beispielen zeigt sich, dass es in der sowjetisch besetzten Zone innerhalb nur weniger Monate von einem scheinpluralistischen Parteiengefüge zu einer alle Bereiche der Gesellschaft durchdringenden Alleinherrschaft der SED gekommen war. Dabei war die SED die Partei der totalitären Diktatur, während CDU und LDP als Rechtsstaatsparteien für „Menschenwürde, Recht und Freiheit“, wie es auf einem Wahlplakat der CDU hieß, eintraten. CDU und LDP waren von Anfang an unterdrückte Parteien und Gegenstand einer lange geplanten Gleichschaltungsstrategie, die KPD und spätere SED von Anfang an die unterdrückende Kraft und Vollstreckerin kommunistischer Alleinherrschaftsansprüche. Dabei diente die Propagierung des Antifaschismus in erster Linie der Legitimation des Herrschaftssystems. Von einer „demokratischen Umwälzung“ kann angesichts der gewaltsamen Etablierung einer neuen Diktatur keine Rede sein.



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / ACDP

Beim politischen System der sowjetisch besetzten Zone handelte es sich faktisch um eine Diktatur von Anfang an. Die SBZ wurde von ihrem Beginn an bis zu ihrem Ende durch den totalitären Führungsanspruch der Kommunisten auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus bestimmt. Stalins Handlanger auf deutschem Boden wiesen nicht den Weg in eine menschenwürdige Zukunft. Ganz im Gegenteil: Sie

errichteten ein System, das mit Hausableuten, Speziallagern und psychischem Terror der Herrschaft des Nationalsozialismus in mancher Hinsicht ähnelte. Von einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ zu sprechen muss den Opfern der stalinistischen und sozialistischen Diktatur wie blanker Hohn erscheinen.

Im Verständnis der DDR-Historiografie war die von 1945 bis 1949 bestehende „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ lediglich eine erste Stufe auf dem Weg zum Sozialismus. Sie war gekennzeichnet durch einen verschärften Klassenkampf nach innen und die „revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern unter Beteiligung anderer Schichten des Volkes“. Die Geschichte der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1949, die zugleich die Vorgeschichte des am 7. Oktober 1949 gegründeten ostdeutschen Staates ist, zeigt, dass dieser ein Staat ohne demokratische und nationale Legitimation war.

## LITERATURHINWEISE

- *Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hrsg.): Wörterbuch zum sozialistischen Staat. – Berlin (Ost) 1974.*
- *Baus, Ralf Thomas: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik. – Düsseldorf 2001. – (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; 36).*
- *Buchstab, Günter (Hrsg.): Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945-1961. Eine biographische Dokumentation. – Bearb. von Brigitte Kaff und Franz-Josef Kos. – Düsseldorf 1998.*
- *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariates und des Parteivorstandes. – Bd. 1. – Berlin 1948.*
- *Eppelmann, Rainer u.a. (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik. – 2. Aufl. – Paderborn 1997.*

- *Erler, Peter/Laude, Horst/Wilke, Manfred (Hrsg.): Nach Hitler kommen wir. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. – Berlin 1994.*
- *Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder. – Köln 1955.*
- *Richter, Michael: Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung. – 2. korrig. Aufl. – Düsseldorf 1991. – (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; 19).*

## ANTIFASCHISMUS ALS GRÜNDUNGSMYTHOS DER DDR

ABGRENZUNGSINSTRUMENT NACH WESTEN UND HERRSCHAFTSMITTEL  
NACH INNEN

*Herfried Münkler*

### **DIE BEDEUTUNG VON GRÜNDUNGSMYTHEN FÜR DIE SELBSTBESCHREIBUNG POLITISCHER GEMEINSCHAFTEN**

Im Oktober 1949, so Erich Honecker rückblickend über die Gründung der DDR, habe man vor der Alternative gestanden, „entweder die antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse zu festigen und planmäßig die revolutionäre Umwälzung auf dem Weg zum Sozialismus fortzuführen oder die antiimperialistischen, demokratischen Errungenschaften preiszugeben und eine Restauration monopolkapitalistischer Verhältnisse zuzulassen“. Angesichts dieser Alternative sei die Entscheidung klar gewesen: „Logischerweise entschieden wir uns für das erstere und gründeten unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat.“ In zahllosen Varianten ist dieses Selbstverständnis der DDR variiert und wiederholt worden, wonach sich die DDR in die Tradition des Antifaschismus gestellt habe, während in der Bundesrepublik Deutschland die monopolkapitalistische Gesellschaftsordnung unverändert geblieben sei, die, so die Behauptung, schon einmal in den Faschismus geführt habe. „Der Faschismus“, so wurde

Walter Ulbricht im Geschichtslehrbuch für die 9. Klasse zitiert, „ist das Werk der aggressivsten, expansionistischsten Kräfte des Monopolkapitals, die mit den Mitteln der Militarisierung, der staatlich formierten Herrschaft und der Manipulierung der Menschen ein unmenschliches System schaffen.“ Als Begründung eines sich zunächst auf ganz Deutschland erstreckenden Anspruchs auf die Um- und Neugestaltung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse und später dann als Legitimation der Eigenstaatlichkeit der DDR hat dieses antifaschistische Selbstverständnis bis zum Schluss Bestand gehabt. So heißt es noch in einem kurz vor dem Zusammenbruch der DDR veröffentlichten Band zu deren 40-jährigem Bestehen, mit Gründung der DDR seien „die Ergebnisse der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung ein für allemal verankert“ und „ein neues Kapitel im Buch der deutschen Geschichte aufgeschlagen worden“.



2. Parteitag der SED vom 20. bis 24. September 1947 in Ostberlin. V.l.n.r.: Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Hermann Matern, Wilhelm Pieck, Max Fechner.  
Quelle: bpk / Herbert Hensky

Der Begriff ‚Umwälzung‘, wie er hier gebraucht wird, lässt die Frage nach den Akteuren offen; dass mit dem Verzicht auf den Revolutionsbegriff freilich nicht zugestanden werden soll, die Veränderung sei allein das Werk der siegreichen Roten Armee gewesen, wird kurz darauf unterstrichen, wenn es von der Politik der DDR heißt, sie folge „dem Schwur, den die in Konzentrationslager und Zuchthäuser Gesperrten, in die Illegalität und das Exil Getriebenen geleistet hatten: ein friedvolles Land zu errichten, von dessen Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, in dem auch die

geistigen Wurzeln des Faschismus ausgerottet sind und demokratische Verhältnisse herrschen. Deutsche Antifaschisten waren die Unermüdligen der ersten Stunde! Sie waren schon daran gegangen, Wege und Ziele abzustecken, die Keime des Neuen zu setzen, als der Krieg noch in den letzten Zügen lag.“ Wenn in den entsprechenden Stellungnahmen auch nie vergessen wird, die entscheidende Rolle der Roten Armee bei der Zerschlagung des Faschismus anerkennend herauszustellen, so wird darin doch immer darauf Wert gelegt, dass die Befreiung vom Faschismus nicht bloß das Werk anderer Mächte gewesen sei, sondern die deutschen Antifaschisten dabei eine wichtige Rolle gespielt hätten. Weit über den tatsächlich geleisteten Widerstand kommunistischer Zellen in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft hinaus wurde dabei das Bild eines kontinuierlichen, breite Bevölkerungskreise umfassenden Widerstands entworfen, dessen Tradition dann in der DDR aufgenommen und bewahrt worden sei. Der Antifaschismus, insbesondere der antifaschistische Widerstand, avancierte so zum Gründungsmythos der DDR, dessen Verbreitung und Funktion hier beschrieben und analysiert werden soll.

Wohl alle politischen Gemeinschaften haben zwecks Selbstdarstellung nach außen wie Integration nach innen auf politische Mythen zurückgegriffen und sich dabei entweder sagenhafter Erzählungen bedient oder aber historisch belegbare Ereignisse mythisch umgedeutet und überhöht. Oft sind es halb mythische, halb historische Gestalten, denen dabei eine herausragende Rolle als Stadt- und Staatsgründer oder als Retter in höchster Not und Bedrängnis zukommt: Theseus in Athen, Romulus in Rom, Moses und David bei den Juden, Arminius, Barbarossa und Bismarck bei den Deutschen, Vercingetorix, Jeanne d'Arc und Napoleon bei den Franzosen, Tell bei den Schweizern usw. In anderen Fällen sind es politische oder militärische Ereignisse, die für das Selbstverständnis einer politischen Gemeinschaft bedeutsam gemacht werden, wie etwa der Sturm auf die Bastille, die Schüsse des Panzerkreuzers ‚Aurora‘ auf die Peter-und-Pauls-Festung, die Schlacht auf dem Amselfeld oder das ‚Wunder an der Weichsel‘, als polnische Truppen 1920 die vorrückenden Verbände der Roten Armee zurückschlugen. Dabei unterscheiden sich politische Mythen von bloßer Geschichtsschreibung dadurch, dass sie sich eigentlich nicht für die Ereignisse selbst, sondern für deren Bedeutung hinsichtlich des Fortgangs der Geschichte und ihre Bedeutsamkeit für das aktuelle Selbstverständnis der jeweiligen politischen Gemeinschaft interessieren. Das Ereignis wird erzählt als eines, von dem an eine neue Zeit begonnen habe oder eine Niederlage mit verheerenden Folgen doch noch

abgewendet werden konnte. Politische Mythen berichten insofern nicht von Ereignissen, sondern von Zäsuren der Zeit und Interpunktionen der Geschichte.

Politische Mythen sind Herkunfts- oder Zukunftserzählungen, die ‚Bedeutungsinvestitionen‘ in die Gegenwart tätigen und so für das politische Selbstverständnis einer Gemeinschaft von großer Relevanz sind. Sie bestehen weniger in einer ausgeformten Ideologie als einem Gewebe historiographischer und literarischer Erzählungen, die feste politische Orientierungen und emotionale Präferenzen hervorbringen sollen. Politische Mythen finden sich dementsprechend in historischen Darstellungen wie literarischen Texten, vom Roman bis zum Gedicht, in politischen Reden, Widmungen politischer Bücher, in Denkmälern und Straßennamen, auf Münzen und Briefmarken, kurzum: Sie umfassen nahezu alle Bereiche des Lebens von der Wissenschaft bis zum Alltag. Sie dringen auf diese Weise in das Selbstverständnis der Menschen ein und prägen ihre Orientierung und Wahrnehmung, ohne dass von ihnen dies als politische Indoktrination und Ideologisierung erkennbar ist. Das ist kein DDR-spezifisches Phänomen, sondern lässt sich in der Geschichte nahezu aller politischen Verbände antreffen. Und es ist auch nicht DDR-spezifisch, dass der politische Gründungsmythos dezidiert gegen einen anderen Staat gerichtet war, sondern dies lässt sich bereits an den politischen Mythen der Deutschen und Franzosen im 19. Jahrhundert beobachten. Selten freilich hat ein Staat seine politische Legitimation so stark und so ausschließlich aus seinem Gründungsmythos bezogen wie die DDR.

#### **DER ANTIFASCHISTISCHE GRÜNDUNGSMYTHOS ALS IDENTITÄTSRESSOURCE DER DDR UND MACHTINSTRUMENT DER SED**

Die drei aus der Zerschlagung des „Großdeutschen Reichs“ hervorgegangenen selbständigen Staaten, die Republik Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland, sind mit ihrer (gemeinsamen) nationalsozialistischen Vergangenheit sehr unterschiedlich umgegangen: Während der Nationalsozialismus, so Rainer Lepsius, in Österreich *externalisiert*, also als eine von außen kommende Herrschaftsform begriffen wurde, und ihn die Bundesrepublik Deutschland – nicht zuletzt infolge ihres Anspruchs, Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs zu sein – *internalisierte*, also als Bestandteil der eigenen Geschichte akzeptierte, wurde er in der DDR *universalisiert*, d.h. als eine Etappe in der Epoche des sich

verschärfenden Klassenkampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus begriffen. Das entscheidende Instrument hierbei war die Faschismustheorie, wie sie in den 1930er Jahren in der Komintern durchgesetzt worden war: Der Faschismus war danach jene Periode im weltgeschichtlichen Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, in der die aggressivsten und reaktionärsten Gruppen des Monopolkapitals an die Macht gelangt waren. Der Nationalsozialismus wurde insofern nicht als eine spezifische Zeitspanne der *deutschen Geschichte* gefasst, sondern auf ganz Europa ausgeweitet, und wenn er sich in Deutschland in aggressiver und brutaler Form zeigte als etwa in Italien oder Spanien, dann deswegen, weil hier der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat ein fortgeschritteneres Stadium erreicht hatte. Nicht die deutsche Geschichte, auch nicht spezifisch deutsche Mentalitäten, wie Obrigkeitshörigkeit und Untertanengesinnung, Furcht vor der Freiheit und Sehnsucht nach dem ‚starken Mann‘ oder dergleichen, waren dieser Auffassung nach für den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland verantwortlich, sondern verantwortlich war zunächst und vor allem eine kleine Gruppe von Monopolkapitalisten, die mit Geld und Intrigen Hitler den Weg zur Macht gebahnt hatte. Der Faschismus hatte also weniger mit der deutschen Geschichte als mit der politischen Geschichte des Kapitalismus zu tun, und in Deutschland waren diese Auseinandersetzungen nur stellvertretend für die weltgeschichtliche Entwicklung ausgefochten worden.

Das war nach 1945 natürlich für viele, die irgendwie mitgemacht hatten, ohne sich direkt an Verbrechen beteiligt zu haben, eine nicht unwillkommene Theorie, sprach sie doch weitgehend von Mitverantwortung frei. Die Entnazifizierung der DDR erfolgte also auf drei Ebenen: Sie erfolgte – erstens – als Entfernung nationalsozialistischer Amtsträger und weitgehend auch der Parteimitglieder mit einem Eintrittsdatum vor 1937 aus allen führenden Positionen und Funktionen in Staat und Gesellschaft. Auf diese Maßnahmen hat sich die DDR später immer wieder als Zeichen für den von ihr vollzogenen tiefgreifenden Bruch mit dem Nationalsozialismus berufen, und das zumeist in polemischer Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik, die einen solchen Bruch nicht vollzogen, sondern viele frühere NSDAP-Mitglieder nach einer kurzen Zwischenphase wieder an ihre alten Positionen gelassen hatte. Daneben gab es – zweitens – im Rahmen der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ aber auch eine Reihe von Maßnahmen, die sich tatsächlich nicht gegen ehemalige Nationalsozialisten, sondern gegen die Eigentümer von Ländereien und

Fabriken richteten, die jedoch auf der Basis der alten Faschismustheorie der Komintern als Bestandteil der in den Faschismus hineinführenden Koalition angesehen wurden und die zu enteignen, sie also ihrer Machtbasis zu berauben, als Bestandteil des antifaschistischen Kampfes gefeiert wurde. Der Rest der Bevölkerung wurde durch diese Faschismustheorie jedoch – und das ist die dritte Ebene – moralisch und politisch weitgehend entlastet, und im antifaschistischen Gründungsmythos der DDR fand dies seinen politisch integrierenden Niederschlag. Hauptelement dieser Entlastung war freilich die weitgehende Ausblendung des nationalsozialistischen Völkermords an den Juden, der in der Faschismustheorie der Komintern keinen Platz hatte. Die rassenideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus kamen dementsprechend im Antifaschismus der DDR nicht oder allenfalls insofern vor, als sie ein Instrument zur Täuschung der Arbeiterklasse dargestellt hätten. Auf dieser Basis konnte Ulbricht schließlich die Beteiligung der DDR an der Entschädigung jüdischer Emigranten aus Deutschland mit der Begründung ablehnen, dass dies auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse gehe, die schließlich das Hauptangriffsziel des Faschismus gewesen sei.

Die sozialpsychologischen Effekte, die die gründungsmythische Verbindung der DDR mit dem antifaschistischen Widerstand hatte, sind von Stephan Hermlin im Rückblick folgendermaßen beschrieben worden: „Das Siegesbewusstsein, von dem wir zu Anfang gesprochen haben, war zunächst einmal das Bewusstsein der Widerstandskämpfer, die ja auch nur zu einem geringen, wenn auch beträchtlichen Teil Kommunisten waren. Wir haben in den ersten Jahren der Republik ein ziemlich klares, deutliches Urteil über die deutsche Geschichte gefällt, das von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen wurde; das hatte aber wiederum Folgen, denn die Mehrheit der Bevölkerung war sich darüber im klaren, dass sie den Faschismus auf irgendeine Weise unterstützt hatte, und fühlte sich schuldig. Und dann ist den Propagandisten bei uns eingefallen, diese seltsame Formel vom ‚Sieger der Geschichte‘ zu verwenden. An sich ein Absurdum, weil es Sieger der Geschichte nicht gibt, nie gegeben hat. In dieser Formel drückt sich die Überzeugung aus, dass dem Sozialismus die Zukunft gehört; aber sie drückt sich auf eine etwas ungeschickte Weise aus. Man ernannte sich selbst zum Sieger der Geschichte. Diese Formel breitete sich sofort aus, wie ein Kreis in einem Wasser, in das man einen Stein geworfen hat. Jeder Bürger der DDR konnte sich nun als Sieger der Geschichte fühlen. Dadurch, dass man dem Volk diese Schmeichelei sagte und es entlastete, war es dann leichter zu regieren. Es ist schwer, auf

die Dauer Leute zu regieren, die sich irgendwie schuldig fühlen. Mit dieser Formel erlangte die DDR gleichzeitig auch eine gewisse politische Autorität!“

Was Hermlin für einen späteren Effekt der Propaganda ansieht, der mit der politischen Gründungsidee der DDR nichts zu tun gehabt habe, ist freilich mit dem Gründungsmythos des antifaschistischen Widerstands selbst untrennbar verknüpft: die Verwandlung der Niederlage des Deutschen Reichs in einen Sieg und die Übertragung von Verantwortung und Schuld für die im deutschen Namen und von Deutschen begangenen Verbrechen auf eine kleine Gruppe überzeugter Nazis und ihre monopolkapitalistischen Hintermänner. Der antifaschistische Gründungsmythos stellte sicher, dass man selbst zu den Opfern des Faschismus und gleichzeitig zu den Siegern der Geschichte, und nicht zu Tätern und Verlierern gehörte. Was an der Vergangenheit belastend und beschämend war, was daraus an Schuld und Verantwortung für die Gegenwart erwachsen konnte, wurde als etwas Fremdes markiert, das mit der eigenen Identität nichts zu tun hatte. „Das NS-Erbe wurde zum Problem der Westdeutschen. Hitler war gleichsam ein Westdeutscher geworden“, hat der Historiker Bernd Faulenbach diese Entlastungsstrategie charakterisiert. Der antifaschistische Gründungsmythos der DDR war insofern zunächst eine Bereinigung des kollektiven Gedächtnisses, die viele entlastete und darum, wie Hermlin dies sicherlich zutreffend erinnert, von einem Großteil der Bevölkerung bereitwillig aufgegriffen wurde. Da der Antifaschismus persönliche Erinnerungen relativierte und von Schuldgefühlen freisprach, hat er über längere Zeit breite Akzeptanz in der Bevölkerung gefunden. Aber, und das hat Hermlin ansatzweise erkannt, man wusste oder ahnte doch, dass diese Freistellung von Schuld und Verantwortung geborgt war, indem der Widerstand einiger Weniger zur Freistellung der Übrigen genutzt wurde, und dass diese rechtfertigende und schützende Einbeziehung jederzeit auch wieder zurückgenommen werden konnte. Das politisch gute Gewissen hing nicht am eigenen Tun in der Vergangenheit, sondern an der Kollektivamnestie durch den antifaschistischen Gründungsmythos. Der Gründungsmythos der DDR machte einen Großteil der Menschen moralpolitisch abhängig, insofern er die Entlastung ihres Gewissens mit der staatlichen Existenz der DDR verband. Wer die DDR in Frage stellte, verlor diese schützende Entlastung, stellte sie auch für andere in Frage, und das wiederum hatte zur Folge, dass er relativ leicht als Faschist zu denunzieren war und ein erheblicher Teil der Bevölkerung solchen Denunziationen Glauben zu schenken bereit war. Aber mit

dem sich allmählich vollziehenden Generationswechsel verringerte sich diese moralpolitische Abhängigkeit, und als schließlich zumindest zwei Generationen herangewachsen waren, die mit dem Faschismusvorwurf moralpolitisch nicht mehr zu disziplinieren waren, war auch die DDR politisch am Ende. So war der antifaschistische Gründungsmythos der DDR von vornherein immer auch eine Macht- und Herrschaftsressource derer, die über die offizielle Erinnerung verfügten. Oder pointiert formuliert: Wer über den Antifaschismus verfügte, hatte auch die Macht, Oppositionellen und Missliebigen den durch diesen gebotenen Schutz zu entziehen. Die schärfste Form dieses Schutzzugs war die Bezeichnung „Faschist“ oder „faschistisch“, die in der Frühphase der DDR zu einem willkürlich verwendbaren Vernichtungsbegriff wurde. Weil der antifaschistische Gründungsmythos der DDR immer beides zugleich war, Integrations- wie Exklusionserzählung, und weil die Verfügung darüber im Herrschaftssystem der SBZ bzw. DDR ausschließlich in der Hand der Machthaber lag, war er – im Unterschied zu den Mythen des antifaschistischen Widerstands in Italien und Frankreich – immer auch ein Herrschaftsinstrument. In den Diskussionen der westdeutschen Linken über Faschismus und Antifaschismus und der oft untergründigen, aber doch vorhandenen Bewunderung für den Antifaschismus der DDR, der gleichsam als Kompensation für deren fortgesetztes wirtschaftspolitisches Versagen diente, ist diese Dimension des Herrschaftsinstruments zumeist übersehen worden. Die Ideologiekritik, die in der westdeutschen Linken ansonsten eifrig gepflegt wurde, machte Halt vor der moralpolitischen Unantastbarkeit des Antifaschismus. Der Einfluss DDR-freundlicher Gruppen innerhalb der Linken speiste sich überwiegend aus diesem Instrument. War der Antifaschismus in der DDR eine Herrschaftsressource, so war er im Westen, zumindest in linken Kreisen, eine Einflussressource.

Hauptinstrument bei der Vermittlung politischer Mythen war, wie in anderen Fällen auch, der Unterricht in der Schule, wobei in der DDR dem Deutsch- und Geschichtsunterricht sowie der politischen Bildung eine besondere Bedeutung zukamen. In etwas vergrößernder Weise kann man festhalten, dass hierbei der Deutschunterricht darauf ausgelegt war, eine politisch nicht weiter differenzierte emotionale Bindung an den Antifaschismus zu vermitteln und Sympathien für diejenigen zu wecken, die dem Nazi-Regime Widerstand geleistet hatten. Das erfolgte zunächst durch den Lektüreplan. Als Beispiel hierfür kann die Erzählung *Kiki* von Friedrich Wolf dienen, die sich seit den 1960er Jahren in nahezu allen Lesebüchern für die 6. Klasse findet. Erzählt wird darin das Schicksal

eines kleinen Hundes, der Häftlingen eines nazistischen Straflagers zugehört ist. Während diese dem Hund von ihren schmalen Rationen etwas abgeben, wird er von den NS-Aufsehern geschlagen, gequält und schließlich zu Tode gehetzt. Durch die Darstellung des Verhaltens gegenüber der hilflosen Kreatur werden Sympathien für die Antifaschisten geweckt, die sich später in politischen Optionen niederschlagen sollten. In höheren Klassen kam den Romanen *Das Siebte Kreuz* (1939/42) von Anna Seghers und *Nackt unter Wölfen* (1958) von Bruno Apitz eine ähnliche Funktion zu, in denen es um den nazistischen Terror in den KZs, Möglichkeiten des Widerstands, die Flucht und schließlich – bei Apitz – das heroische Agieren der Kommunisten in Buchenwald geht.



Schüler einer ersten Klasse einer Berliner Schule stehen in Pionierkleidung (weißes Hemd und blaues Halstuch) vor ihren Plätzen (1979).  
Quelle: bpk / Ingeborg Uhlenhut

Dass einige dieser Autoren ihre Texte auch tatsächlich als Beiträge in den politischen Auseinandersetzungen begriffen haben, zeigt Anna Seghers' Beschreibung der Aufgaben des Künstlers, wonach dieser „die Angriffspunkte ersinnen“ müsse, „von denen aus er die Mentalität der faschistischen Jugend von ungeheurem Wahn, von lügenhaften Vorstellungen, von totenstarrer Verkrampftheit in Herrschaftsucht und mechanischem Gehorsam befreien kann“, und dabei

müsse „die Literatur den einzelnen Menschen wieder einsetzen mit seinen Gefühlen und Leidenschaften, mit seinen persönlichen Bindungen in der Liebe, der Freundschaft, der Familie“. Eine solche Bewusstheit über die politische Funktionalität literarischer Texte muss und kann sicherlich nicht bei allen vorausgesetzt werden, die mit Erzählungen und Romanen zur Ausgestaltung des antifaschistischen Gründungsmythos beigetragen haben. Es gehört zur Funktionsweise politischer Mythen, dass sie auch aus Aufrichtigkeit und unpolitischer Ehrlichkeit verfasste Texte zu integrieren und politisch zu verwerten vermögen.

Ganz offenkundig hat die Vermittlung des Gründungsmythos der DDR über lange Zeit funktioniert und Wirkung gezeigt. So schrieb Annette Leo: „Die Helden meiner Kinderträume waren die Widerstandskämpfer. Allen voran natürlich mein Vater, der Partisan, der mit einer Pistole be-

waffnet durch den Wald schlich, oder aus höchster Gefahr errettet wurde. [...] Nicht nur zu Hause, auch in der Schule, wenn beim Morgenappell die Fahne hochgezogen und ein Spruch rezitiert wurde, bei Demonstrationen schwebten die Bilder der toten Helden über unseren Köpfen. Filme und Bücher handelten vom Kampf und Leidensweg Ernst Thälmanns, John Schehrs, Hans Beimlers.“

Annette Leos Erinnerungen zeigen zugleich das Wechselspiel zwischen narrativen, ikonischen und rituellen Elementen bei der Vergegenwärtigung des antifaschistischen Gründungsmythos. Auf der Grundlage der Erzählungen vom antifaschistischen Widerstand wurden einzelne Personen herausgegriffen und zu Ikonen des Mythos verdichtet: an erster Stelle Ernst Thälmann, der im KZ Buchenwald gefangene und schließlich ermordete KPD-Vorsitzende. Er war die Identifikationsfigur Nummer Eins der DDR, der wichtigste Märtyrer des Sozialismus, der Gründervater der neuen Gesellschaft, und die nach ihm benannten Thälmannpioniere waren auf sein Vermächtnis verpflichtet. In ihnen lebte Thälmann fort oder, deutlicher noch, in ihnen war er wiedererstanden. Sein Leben und Sterben erlangte durch sie Sinn und Bedeutung, und sie trugen seinen Namen als ‚heilige Verpflichtung‘, sein Vermächtnis zu bewahren und zu verteidigen. So lautete das unverkennbar an kirchlich-liturgischen Vorbildern orientierte Gelöbnis der Jungen Pioniere anlässlich der Verleihung des Ehrennamens Ernst Thälmann im Jahre 1952:

„Wir Jungen Pioniere, Söhne und Töchter des deutschen Volkes, geloben bei unserer Pionierlehre unserem Präsidenten Wilhelm Pieck, dass wir uns stets des Namens Ernst Thälmanns würdig erweisen werden, der für das Glück unseres Volkes gekämpft und dafür sein Leben gegeben hat.

Das geloben wir!

Alle: Das geloben wir!

Wir geloben, dass wir im Kampf für die Errichtung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen und unabhängigen Deutschland unsere ganze Kraft einsetzen werden.

Alle: Das geloben wir!

Wir geloben, stets unerschrocken für den Sieg des Sozialismus in unserem Land einzutreten.

Alle: Das geloben wir!

Wir geloben, die Freundschaft mit der Sowjetunion zu pflegen und zu hüten  
so wie Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck.

Alle: Das geloben wir!

Wir versprechen, vorbildlich zu leben und zu lernen, um würdige Bürger unserer Deutschen Demokratischen Republik zu werden.

Alle: Das geloben wir!“



*Eröffnung der Pionierrepublik „Ernst Thälmann“ in der Wuhlheide in Ostberlin. Der Vorsitzende der FDJ, Erich Honecker, überreicht an die Teilnehmer der Veranstaltung Fahnen (Mai 1950).*

*Quelle: bpk / Jochen Moll*

Solch rituell-szenische Vermittlungen des Gründungsmythos wurden ergänzt durch Denkmäler für Thälmann und entsprechende Straßennennungen, durch die sein Name und seine Person im öffentlichen Bewusstsein präsent gehalten werden sollten. Thälmanns herausgehobene Bedeutung im Rahmen des DDR-Gründungsmythos zeigt sich vielleicht am deutlichsten in der Anlage des KZs Buchenwald, wo ihm ein eigenes Denkmal gewidmet wurde. Ganz wie Jesus Christus in der christlichen Ikonografie erscheint er hier seinen zur Trauerfeier versammelten Genossen und grüßt sie mit erhobener Faust: Ostern, Himmelfahrt und Pfingsten in einem, ausgeformt zu dem Versprechen, dass allen Niederlagen und Demütigungen zum Trotz am Schluss die Kommunisten doch siegen würden. Die Existenz der DDR war die Bestätigung dieser Verheißung und die mythisierte Figur Thälmanns war für die DDR so etwas wie eine heilsgeschichtliche Garantie gegen die politische Kontingenz, also

den niemals gänzlich auszuschließenden Wechsel der sowjetischen Deutschlandpolitik.

### **NUTZEN UND PREIS DES ANTIFASCHISTISCHEN GRÜNDUNGSMYTHOS' FÜR DIE DDR**

Der Nutzen, den die DDR aus ihrem Gründungsmythos bezog, lag, wie gezeigt, zunächst in der klaren Abgrenzung gegen die deutsche Vergangenheit, angesichts derer die Gründung der DDR sich als ein „Wendepunkt“ in der deutschen Geschichte verstand. Die Formel vom Wendepunkt der deutschen Geschichte findet sich in fast allen Publikationen, und durchweg hat sie einen sakral-beschwörenden Charakter, in dem die Furcht mitschwingt, alles könne auch wieder zusammenbrechen oder rückgängig gemacht werden. Gleichzeitig wurde die DDR durch ihre Legitimationserzählungen aber auch nicht völlig von der deutschen Geschichte abgetrennt, sondern mit deren sogenannten „besten Traditionen“ von den Bauernkriegen bis zum antifaschistischen Widerstand verbunden. Der Gründungsmythos der DDR grenzte aber nicht nur gegen die Vergangenheit, sondern vor allem auch gegen die mit konkurrierendem Alleinvertretungsanspruch auftretende Bundesrepublik im Westen ab und verlieh dem „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ eine eigene Legitimation, die ihn gegen den aus dem Westen sehr bald erhobenen Vorwurf, er sei ein Gebilde von Stalins Gnaden, in Schutz nehmen sollte. Im antifaschistischen Gründungsmythos wurden also auch – und das sollte nicht übersehen werden – eigene politische Gestaltungsansprüche gegenüber der Sowjetunion geltend gemacht; die historisch sicherlich kaum haltbare Konstruktion von der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZs Buchenwald und die entsprechende ikonische und rituelle Inszenierung dieser Selbstbefreiung in Anlage und künstlerischer Ausgestaltung der Gedenkstätte hatten nicht zuletzt die Funktion, die Errichtung der DDR nicht allein als das Werk der Sowjets und die Folge des Vormarsches der Roten Armee (im Falle Buchenwalds im übrigen der Amerikaner), sondern zugleich als ein Ergebnis des Kampfes deutscher Antifaschisten zu markieren.

Neben diesen Funktionen der narrativen Integration und Identitätsstiftung, die auf die DDR als Ganze und in Kontrast zu anderen politischen Einheiten bezogen war, diente der antifaschistische Gründungsmythos aber immer auch als ein Herrschaftsinstrument der SED im Innern, generell in der Denunzierbarkeit der sogenannten „bürgerlichen Opposition“ als „faschistisch“ und speziell der Unterwerfung der 1946 mit der KPD zur



*Wilhelm Pieck bei einer Rede vor einem Bildnis Stalins (um 1950).  
Quelle: bpk / Jochen Moll*

SED (zwangs-)vereinigten Sozialdemokratie unter die Vorgaben der kommunistischen Führung. Zunächst aber ging es darum, vermittels der Mythen des antifaschistischen Widerstands die Arbeiterklasse von dem Verdacht freizusprechen, sie sei zu nicht geringen Teilen zur NSDAP übergelaufen bzw. zumindest für nazistische Parolen empfänglich gewesen. Dies war umso mehr erforderlich, als sich die NSDAP ja explizit an die deutschen Arbeiter gewandt und gegen den internationalistischen Sozialismus den Nationalsozialismus als politische Parole und Leitidee gesetzt hatte. Obendrein war der zuletzt deutlich in Erscheinung getretene Widerstand um die Attentäter

vom 20. Juli von konservativ-adligen Kreisen getragen worden. Die Kommunisten hatten darin jedenfalls so gut wie keine Rolle gespielt. Dagegen hielt die von der KPD wie der SED übernommene Faschismusdefinition Dimitroffs fest, dass die Appelle des NS an die Arbeiterschaft und der konservative Widerstand gegen Hitler allenfalls ein Täuschungsmanöver gewesen seien, denn in Wirklichkeit habe der NS ja die Interessen der reaktionärsten Kapitalfraktionen vertreten. Der Faschismus, so wurde die Dimitroff-Formel im Geschichtslehrbuch für die 9. Klasse variiert, „wurde im Interesse der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals an die Macht gebracht, um die Arbeiterklasse und alle anderen Schichten des deutschen Volkes zu unterdrücken“. Freilich hätten nicht alle Schichten um ihre objektiven Interessen gewusst; so sei es dem Faschismus durch Demagogie und falsche Versprechungen gelungen, bei vielen Bauern, Handwerkern, Geschäftsleuten, Beamten und Angestellten Einfluss und Anhänger zu gewinnen, nicht jedoch oder allenfalls marginal bei der Arbeiterklasse: „Ein umfassender Einbruch in die Arbeiterklasse gelang der Hitlerpartei nicht“, heißt es im Geschichtslehrbuch weiter. Das war der entscheidende Punkt im antifaschistischen Gründungsmythos für das Selbstverständnis der DDR: Die Resistenz der Arbeiterklasse gegenüber der faschistischen Demagogie und der von ihr getragene Widerstand wurden nicht aus individuellen Haltungen, Werten und Einstellungen

Einzelner, sondern aus der sozioökonomischen Lage und dem durch die Aufklärungsarbeit der Kommunisten vorhandenen Wissen um diese objektiven Interessen erklärt. Damit wurden nicht nur zeitweilige taktische Bündnisse zwischen KPD und NSDAP, etwa beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik von 1932, sowie die verhängnisvollen Folgen der Komintern-Linie des Sozialfaschismus, also des Kampfs gegen die Sozialdemokratie als des gefährlicheren, weil verdeckten Faschismus, verschwiegen, sondern der politischen Führung der Sozialdemokratie wurde zugleich vorgeworfen, der NSDAP nicht energisch genug Widerstand geleistet und stattdessen der KPD in den Rücken gefallen zu sein. Dementsprechend wurde, wenn vom antifaschistischen Widerstand die Rede war, stets ein „vor allem die KPD“ oder „die KPD an der Spitze der deutschen Antifaschisten“ hinzugefügt. Demgegenüber wurde mit Blick auf die Sozialdemokratie zwischen der Masse der Mitglieder, für die die These von der Resistenz der Arbeiterklasse gegen die nazistische Versuchung galt, und einer „verräterischen Führung“ unterschieden: So heißt es von den sozialdemokratischen Führern, namentlich von Otto Wels und Theodor Leipart, sie hätten sich geweigert, „gemeinsam mit der KPD den antifaschistischen Abwehrkampf“ aufzunehmen. „Diese Führer waren voller Illusionen über den Faschismus und glaubten, dass die SPD und die Gewerkschaften weiter existieren könnten, während der Faschismus bald abwirtschaften würde. Viele Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften sahen jedoch weiter als ihre Führer. Sie erkannten, dass nur der gemeinsame Kampf dem Hitlerfaschismus eine Niederlage bereiten konnte.“ Die politische Relevanz dieser Feststellung lag darin, dass die Sozialdemokratie deswegen keinen Anspruch auf die Führungsrolle innerhalb der Einheitspartei der Arbeiterklasse erheben könne und die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse durch die Vereinigung von SPD und KPD zur SED nur unter der Führung der Kommunisten stattfinden konnte. Nicht die Mitgliederzahl beider Parteien, die für die Sozialdemokratie den Ausschlag gegeben hätte, sondern der antifaschistische Widerstand in der Zeit zwischen 1933 und 1935 und dann wieder seit Hitlers Überfall auf die Sowjetunion – ausgespart blieben die Jahre 1931 und 1932 und insbesondere 1939 bis 1941, die Zeit des Hitler-Stalin-Pakts – sollten danach den Ausschlag geben.

Gleichzeitig wurde die Niederlage der Arbeiterparteien gegen den Nationalsozialismus mit der Spaltung der Arbeiterbewegung erklärt, so dass die Überwindung dieser Spaltung gleichzeitig als das stärkste Bollwerk gegen das Wiedererstarken des Faschismus dargestellt werden konnte.

So hieß es in dem 1977 veröffentlichten Lehrplan für die 10. Klasse: „Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes nach der Veröffentlichung des Kommunistischen Manifestes und nach Gründung der KPD.“ Dass – im Unterschied zur DDR – in der Bundesrepublik die Arbeiterklasse politisch gespalten blieb und die Kommunistische Partei dort schließlich durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verboten wurde, war im DDR-Gründungsmythos ein weiterer Indikator für die dort fortbestehende Gefahr eines Wiedererstarkens des Faschismus. Dementsprechend wurde der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953, der in der Bundesrepublik als „Tag der deutschen Einheit“ zu deren einzigem politischen Feiertag avancierte, als ein faschistischer Aufstand bezeichnet, und die Berliner Mauer, der deutlichste Ausdruck dafür, dass die DDR gegenüber dem Westen in die politische Defensive geraten war, wurde „antifaschistischer Schutzwall“ genannt. Diesem Ertrag an politischer Legitimation stehen die nicht unerheblichen Kosten eines politischen Flexibilitätsverlusts gegenüber, die die Verpflichtung auf den antifaschistischen Gründungsmythos mit sich brachte.



*Die Berliner Mauer, von der DDR als „antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnet, Mitte der 1980er Jahre am Brandenburger Tor.  
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / Harald Odehnal*

Heiner Müller hat dies so beschrieben: „Der verordnete Antifaschismus war ein Totenkult. Eine ganze Bevölkerung wurde zu Gefangenen der Toten. Durch den nachträglichen Gehorsam der überlebenden Besiegten gegenüber den siegreichen Toten der Gegenpartei [...] verloren die Toten des Antifaschismus ihre Aura. Die Replik auf die Konzentrationslager war

„das sozialistische Lager“. Es selektierte auch noch seine Toten.“ Einen Aspekt dessen, was Müller als „Totenkult“ bezeichnet hat, hat Annette Leo als Prozess der Vergleichültigung beschrieben, in dessen Verlauf infolge hypertropher Inanspruchnahme die verpflichtende und motivierende Kraft des Gründungsmythos dahinschwand: „Die Erinnerung als Staatsdoktrin, die sich in feierlichen Reden, Gesängen, Kranzniederlegungen manifestierte, verlor nach und nach all ihre Lebendigkeit und Widersprüchlichkeit. Sie erstarrte zum Ritual, da ihre Überlieferung von wechselnden aktuellen Zweckmäßigkeiten bestimmt wurde.“ Die Sakralisierung des politischen Alltags, in die der antifaschistische Gründungsmythos schließlich mündete, ließ für Innovationen und Anpassungen wenig Platz, und vor allem ließ sie die existenzsichernde Grundidee der DDR als eigenständigem deutschen Staat in einem leeren Ritual erstarren. Als die Verfasser des Aufrufs „Für unser Land“ sich angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs der DDR Ende 1989 noch einmal emphatisch auf den Gründungsmythos beriefen und aus ihm die motivierende Kraft für innere Reformen bei Beibehaltung des Weges der Eigenstaatlichkeit erwarteten, verhallte ihre Aufforderung weitgehend ungehört: „Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.“ Zwar unterschrieben in den ersten zwei Wochen etwa 200.000 Menschen den Aufruf, aber das war eine verschwindend kleine Anzahl verglichen mit denen, die sich von einer Vereinigung mit der Bundesrepublik die Lösung der dramatischen wirtschaftlichen Probleme des Landes versprachen. Pointiert formuliert wird man sagen können, dass vom Spätherbst 1989 bis zum Frühjahr 1990 sich der bundesrepublikanische Gründungsmythos von Währungsreform und Wirtschaftswunder mitsamt der mit ihm verbundenen Prosperitätsversprechen in der Optionswahrnehmung der DDR-Bevölkerung entscheidend hat durchsetzen können und dass nach dessen Vorgaben anschließend der Vereinigungsprozess politisch-operativ organisiert worden ist: erst Währungsunion, dann Wohlstand und Wohlergehen.

Gegen Ende der DDR funktionierte der antifaschistische Gründungsmythos nicht mehr, weil aus der Erzählung über die Vergangenheit kein Vertrauen in die eigene Fähigkeit zur Bewältigung der Zukunft mehr erwuchs. Dabei spielte zweifellos auch eine erhebliche Rolle, dass in dem von Heiner Müller umrissenen Sinn aus dem antifaschistischen Grün-

dungsmythos Blickfeldverengungen und -beschränkungen erwachsen, die lange vor dem politisch-ökonomischen Zusammenbruch der DDR zu einem inneren Immobilismus geführt haben, der den Staat immer mehr in innerer Agonie erstarren ließ. Dazu gehörte vor allem die Unfähigkeit zur Auswechslung der politischen Führung, als diese erkennbar keine Antworten mehr auf die deutlichen Krisensignale geben konnte, und diese Unfähigkeit war nicht zuletzt das Resultat dessen, dass jede zu Honecker und seinen Gefolgsleuten denkbare Alternative in Personen bestanden hätte, die ihre politische Prägung nicht mehr in der Zeit des antifaschistischen Widerstands, sondern bereits in der DDR erhalten hatten. Der neue Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende hätte die charismatische Legitimation des antifaschistischen Widerstands nicht mehr gehabt, und vor diesem politisch-legitimatorischen Wechsel scheute man so lange zurück, bis man bemerkte, dass diese charismatische Legitimation längst keine mehr war. Da aber war es schon zu spät. Unmittelbar ist die DDR an ihrer wirtschaftlich aussichtslosen Situation gescheitert, die eine Fortführung des Projekts der Eigenstaatlichkeit nur bei einer deutlichen Senkung des Lebensstandards zugelassen hätte. Dies wurde von der SED-Führung angesichts der westdeutschen Alternative für politisch aussichtslos gehalten: Entweder wäre man am Exodus unverzichtbarer Fachleute gescheitert oder man hätte den Staat fortgesetzt mit offener Gewalt regieren müssen, zumal man zunehmend mit einer immer weniger folgebereiten jüngeren Generation konfrontiert war. Dennoch: Dass man sich nicht mehr zutraute, das Projekt DDR fortzuführen, sondern buchstäblich aufgab, lag nicht zuletzt daran, dass der Gründungsmythos nicht länger leistete, was er hätte leisten müssen: Zutrauen in die eigene Handlungsfähigkeit und die Bewältigbarkeit der anstehenden Probleme zu stiften. Genau dies leistete dagegen der politische Gründungsmythos der Bundesrepublik, der mit Währungsreform und Wirtschaftswunder gleichsam den Fahrplan für die Organisation des Vereinigungsprozesses vorgab.

## LITERATURHINWEISE

Bei dem Beitrag handelt es sich um die stark überarbeitete Fassung eines Textes, der in der Ausgabe Nr. 45/1998 von *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* erschienen ist. Die dortige Veröffentlichung ist mit Fußnoten versehen, in denen die Fundstellen der Zitate nachgewiesen sind und auf weitere Forschungsliteratur verwiesen wird. Daraus hier folgende Hinweise:

- Azaryahu, Maoz: *Vom Wilhelmplatz zum Thälmannplatz. Politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR.* – Tel Aviv 1991.
- Emmerich, Wolfgang: *Selektive Erinnerung. Selbstbegründungsmythen der literarischen Intelligenz in Ost und West nach 1945.* – In: *Orientierung, Gesellschaft, Erinnerung. Rostocker Philosophische Manuskripte, Neue Folge, Heft 4, 1997, S. 95-114.*
- Faulenbach, Bernd: *Zur Funktion des Antifaschismus in der SBZ DDR –*, in: *Drechsler, Ingrid u.a. (Hrsg.): Getrennte Vergangenheit, gemeinsame Zukunft. Ausgewählte Dokumente, Zeitzeugenberichte und Diskussionen der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags 1992-1994.* – Bd. 1. – München 1997. – S. 144-154.
- Herf, Jeffrey: *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland.* – Berlin 1998.
- Kannapin, Detlef: *Antifaschismus im Film der DDR. DEFA-Spielfilme 1945-1955/56.* – Köln 1997.
- Lepsius, M. Rainer: *Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“.* – In: *Haller, Max u.a. (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft.* – Frankfurt am Main 1989. – S. 247-264.
- Münkler, Herfried: *Siegfried – Hermann – Barbarossa. Deutsche Mythen – ein fragwürdiges Erbe.* – In: *Schulze-Jander, Eva u.a. (Hrsg.): Erinnern und Erben in Deutschland.* – Kassel 1999. – S. 247-264.
- Rüter, Günther: *Nur „ein Tanz in Ketten“? DDR-Literatur zwischen Vereinnahmung und Selbstbehauptung.* – In: *Ders. (Hrsg.): Literatur in der Diktatur. Schreiben im Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus.* – Paderborn u.a. 1997. – S. 249-282.
- Ullrich, Klaus u.a. (Herausgeberkollektiv): *Deutsche Demokratische Republik.* – Leipzig 1989.
- Vorsteher, Dieter (Hrsg.): *Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Rituale und Symbole der frühen DDR.* – Berlin 1996.
- Zimmering, Raina: *Mythen in der Politik der DDR: Ein Beitrag zur Erforschung politischer Mythen.* – Opladen 2000.

## DIE AUTOREN

*Professor Dr. Uwe Backes  
Jahrgang 1960, ist Stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-  
Instituts für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden und  
apl. Professor an der Technischen Universität Dresden.*

*Dr. Ralf Thomas Baus  
Jahrgang 1964, ist Leiter des Teams Innenpolitik der Hauptabteilung  
Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

*Professor Dr. Herfried Münkler  
Jahrgang 1951, ist Leiter des Lehrbereichs Theorie der Politik am Institut  
für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.*

## ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Ralf Thomas Baus  
Leiter Team Innenpolitik  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
10907 Berlin  
Telefon: +49-30-2 69 96-35 03  
E-Mail: ralf.baus@kas.de*

*Stefanie Pasler  
Kordinatorin Neue Länder  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
10907 Berlin  
Telefon: +49-30-2 69 96-33 84  
E-Mail: stefanie.pasler@kas.de*

## PUBLIKATIONSREIHE „WEICHENSTELLUNGEN IN DIE ZUKUNFT“

In der Publikationsreihe „Weichenstellungen in die Zukunft“ bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung umfangreiches Material zu den Themen „60 Jahre Bundesrepublik“ und „20 Jahre Wiedervereinigung“ an.

Bisher sind in dieser Reihe erschienen:

- *Michael F. Feldkamp:  
Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz für die  
Bundesrepublik Deutschland 1948 bis 1949.  
Optionen für die Europäische Integration und die Deutsche Einheit  
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008  
ISBN 978-3-940955-09-8*
- *Bernd Sprenger | Bodo Herzog:  
Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft  
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008  
ISBN 978-3-940955-10-4*
- *Berndt Seite:  
Weißer Rauch. Eine Erzählung aus den Tagen des Mauerfalls 1989  
Unveränderter Nachdruck der Erstausgabe 2004.  
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008  
ISBN 978-3-940955-08-1*

Die Publikationen können per E-Mail ([bestellung@kas.de](mailto:bestellung@kas.de)) bestellt werden.

## INTERNETPORTAL

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat für weitere Informationen zu den Jubiläen ein Internetportal unter [www.kas.de/weichenstellungen](http://www.kas.de/weichenstellungen) eingerichtet.